

Kein Frieden mit der AfD – Kriegerische Militärpolitik der Rechtsaußen

Von Ulrich Sander, 1.8.2024

Die AfD wird von vielen als "Friedenspartei" wahrgenommen. Dies völlig zu Unrecht. Die AfD-Bundestagsfraktion hat laut **Junge Freiheit -Nr. 15/23** klargestellt: "Wir stehen fest an der Seite unserer Bundeswehr und setzen uns dafür ein, sie zu stärken." Man habe sich nicht einseitig auf die Seite Russlands geschlagen, sondern vertrete "deutsche Interessen". Die gewaltigen Zahlungen für die Rüstung werden von der AfD unterstützt, die Wiedereinführung der Wehrpflicht wird geplant. Der Militarismus schreitet mit dieser AfD voran. Kanonen statt Butter - das will auch die AfD.

Im Bundestag gibt es drei hohe Bundeswehroffiziere (in den Fraktionen der SPD, CDU und AfD). Bekannt ist Roderich Kiesewetter (CDU) mit seinen aggressiven Sprüchen. In Bezug auf den Russisch-Ukrainischen Krieg vertritt Joachim Wundrak, General a.D. und AfD-Bundestagsabgeordneter, eine Position, die Kiesewetters ähnelt. Er befürwortet die Sanktionen gegen Russland.

So führte er Anfang **März 2022 lt. Stern, 2.5.2022**, aus:

"In einem Krieg, an dem eine Nuklearmacht wie Russland beteiligt sei, gibt es keine einfache Lösung. Der ehemalige Bundeswehr-General befürwortet die gegen Russland verhängten Sanktionen. Er erklärt: vor dem Angriff (Russlands) sei seine Partei gegen Sanktionen gewesen. Damals habe man alles tun wollen, um zu deeskalieren. Jetzt seien Sanktionen jedoch der einzige Hebel, wobei noch nicht klar ist, wie die wirken." Die Bundesregierung müsse in jedem Fall darauf achten, dass sich Deutschland damit nicht selbst zu sehr schade.

In Umfragen liegt die AfD bundesweit in diesen Tagen – Sommer 2024 - bei 16 Prozent, - und es wirkte wie ein Schock, dass sie auch bei der EU-Wahl 16 Prozent der Stimmen bekam. Sie bekam jedoch nicht die Stimmenzahl entsprechend höchsten Zustimmungsraten. Die sanken seit den Enthüllungen von Korrektiv im Herbst 2023 von 25 Prozent auf das jetzige Niveau. Unsere und die Aktionen von Millionen Menschen hatten also Erfolg.

Mit der Wahl zum EU-Parlament sanken insgesamt die Anteile von Abgeordneten der Friedensbewegung. Die LINKE ist halbiert, aber immer noch mit Anti-Nato-Programm ausgerüstet. Das BSW lag bei über 5 Prozent mit richtigen Antikriegsaussagen, aber fatalen Äußerungen der Fremdenfeindlichkeit. Insgesamt also wenig Friedenspositionen und massenhaft Fremdenfeindlichkeit, ja mehr Rassismus. Genau kann nicht definiert werden, wer zu den „Friedensabgeordneten“ zählt, es soll sie auch in den Fraktionen der Grünen und der SPD vereinzelt geben.

Das Hauptmotiv der AfD-Wähler scheint die fremdenfeindliche Ausrichtung der Ultrarechten zu sein. Die Kämpfer gegen Flüchtlingsunterkünfte werden zahlreicher und ihre Aktionen heftiger. Und das sind gewiss keine Friedensaktionen und die AfD-Wähler keine Friedensaktivisten.

Sie kennen das Militärprogramm der AfD nicht.

(Quelle:<https://afdbundestag.de/verteidigungspolitisches-strategiepapier-arbeitskreis-verteidigung-der-afd-fraktion/>) Und nicht die Tatsache, dass die AfD im Bundestag die größte Gruppe von Militärs hat dazu später mehr. Und so wählen sie Wegbereiter der Nazis und haben in Höcke einen Naziführer, der die "Lebensglut, die sich unter vierzig Jahren kommunistischer Bevormundung erhalten hat und der auch der scharfe Wind des nachfolgenden kapitalistischen Umbaus nichts anhaben konnte, wieder als ein lebendiges Feuer hervorschlagen lassen" will. **(It. Süddeutsche Zeitung, 27. 3. 2020)**

Es ist fahrlässig zu sagen: Die Wähler der AfD sind eher harmlos. Es mag sein, dass sie die AfD wählen, weil ihnen die Aussagen zum Ukrainekrieg zusagen, in jedem Fall sagen ihnen die rassistischen Positionen der AfD zu. Es ist gefährlich zu sagen, die Friedensbewegung müsse sich den Rechten öffnen, dann werde sie wachsen. Wachsen werden Militarismus und Rassismus. Es war ein Fehler der Friedensbewegung, sich auf den Punkt der Bekämpfung des Militarismus zu konzentrieren und dabei weitere Erfordernisse wie Wirken gegen die Fremdenfeindlichkeit und den Rassismus zu vernachlässigen und beispielsweise die Solidarität mit den im Mittelmeer vom Ertrinken bedrohten Menschen kaum noch zu thematisieren. Es war ein Fehler der Antifaschisten, die Friedensbewegung zu vernachlässigen. "Aufstehen gegen Rassismus" ist eine gute Bewegung, die viel bewirkt hat. Aufstehen gegen den Krieg muss hinzu kommen - und Aufstehen fürs Klima ohnehin. Manche Leute befürworten die Querfronten hin zur AfD und zu "dieBasis".

Und dies auch auf Friedensratschlägen. **(siehe Unsere Zeit · 16. 12. 2022)**. Dies sollte tabu bleiben.

Nun zu einigen Fakten zum Thema AfD - Partei des Krieges und des Militarismus

Die AfD lieferte gewissermaßen die Vorlage für die Zeitenwende-Rede von Kanzler Olaf Scholz nach dem 24.2.22. Bei der AfD sind es Militärs, die in ihr offensichtlich die Partei gefunden haben, mit der sie ihre Interessen unmittelbar in die Politik einbringen können - so entnimmt man es dem **Militärprogramm** des "Arbeitskreises Verteidigung" der AfD-Bundestagsfraktion.

(<https://afdbundestag.de/verteidigungspolitisches-strategiepapier-arbeitskreis-verteidigung-der-afd-fraktion/>)

Dem Bericht des AfD-Arbeitskreises der Offiziere ist zu entnehmen: *Jedes Mitglied "hat einen militärischen oder polizeilichen Hintergrund"*. Der Sprecher Rüdiger Lucassen war 34 Jahre lang Berufsoffizier mit Tätigkeiten bei der NATO und im Verteidigungsministerium, seit 2007 ist er Geschäftsführer einer Firma auf dem Gebiet *"Ausbildung von militärischen und zivilen Sicherheitsorganen, Streitkräften, Grenzschutz, Polizei"*. Auch einer seiner Stellvertreter, Gerold Ott, ist Berufsoffizier, der andere, Christoph Neumann, kommt vom Bundesgrenzschutz. Überhaupt: von den 91 Abgeordneten der AfD im Bundestag sind 14 ehemalige Berufs- oder Zeitsoldaten, das entspricht 15,3 Prozent der Fraktion, in der AfD-Mitgliedschaft liegt der Anteil noch knapp 2 Prozent höher.

Da die AfD in ihrem Grundsatzprogramm nur vier Politikfelder als Handlungsfelder eines „*schlanken Staats*“ definiert und dabei „*Innere und äußere Sicherheit*“ zusammenfasst, sei noch erwähnt, dass weitere 7,7 Prozent der MdBs mit AfD-Parteibuch aus der Polizei stammen.

In Hannover kandidierte 2019 der ehemalige Dreisterne-General der Luftwaffe Joachim Wundrak für die Partei als Oberbürgermeister. Zuvor war er Kommandeur des Lufteinsatzkommandos in Kalkar.

Das AfD-Militärprogramm mit der Behauptung, die Bundeswehr sei blank liest sich wie das Lamento bei der Zeitenwende 2022. Doch das Militärprogramm der AfD wurde bereits 2019 bekannt. Hat man die folgenden Worte sinngemäß dem Kanzler ins Redemanuskript geschrieben? **(siehe dazu Lühr Henken in Ossietzky Nr. 10/2024. Er zitiert u.a. den Generalleutnant Alfons Mais, Heeresinspekteur, mit seiner Rede vor dem Förderkreis Deutsches Heer e.V. im Jahr 2020):**

„Seit vielen Jahren können die deutschen Streitkräfte den hoheitlichen Schutzauftrag unseres Landes nicht mehr erfüllen. Die Bundeswehr als Ganzes ist nicht einsatzbereit. Die Verantwortung für diesen Verfassungsbruch tragen nicht die Soldaten der Bundeswehr, die treu ihren Dienst für das Vaterland versehen. Die Schuld verantwortet eine Politik der letzten Jahrzehnte.“

Es wird klar und deutlich formuliert: *„Der Arbeitskreis Verteidigung der AfD-Bundestagsfraktion strebt dafür eine Novellierung der grundgesetzlichen Vorgaben an.“* Die Forderung der AfD wurde erfüllt. Die da auf das Grundgesetz vereidigt wurden, lehnen das GG in weiten Teilen ab und bekämpfen es.

Und auch diese: *“...es darf das jährlich schwankende Budgetrecht des Parlaments nicht dazu führen, dass die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zur Disposition steht.“* Das Parlament wurde entrechtet. (Die 2-Prozent-vom-BIP für die Bundeswehr kann vom Parlament nicht in den Haushaltsberatungen in Frage gestellt werden.)

Zur NATO heißt es, es gebe zu ihr *“auf absehbare Zeit keine gleichwertige Alternative“*. Die *„nuklearen Fähigkeiten der Partner“* stellten eine *„wesentliche Komponente der militärischen Abschreckung dar“* und Deutschland habe *„ein vitales Interesse an der Teilhabe dieser Fähigkeit, bis eine gleichwertige Alternative zur Verfügung steht.“*

Weiter: *“Die Bundeswehr ist Teil einer Jahrhunderte alten Militärtradition.“* Als *“Staatsbürger in Uniform haben die Männer und Frauen der Bundeswehr das Recht, ihr soldatisches Selbstverständnis wesentlich mitzubestimmen und weiterzuentwickeln.“* Darüber hinaus seien die Ehrung und gesellschaftliche Privilegierung der Soldaten der Bundeswehr *„eine ressortübergreifende Aufgabe“*.

„In einer zukünftigen Struktur der Bundeswehr wird die Reserve darüber hinaus stärker mit der territorialen Verteidigung verbunden.“

Weitere Forderungen der AfD:

Das Reservekorps wird im Grenzschutz eingesetzt. Es unterstützt die Polizei. Seine Stärke soll 50.000 Soldaten betragen.

Die Wehrpflicht wird wieder aktiviert.

Die Bundeswehr wird im Innern eingesetzt.

Sie hat Eingang in die Ausbildungspläne an Schulen und Hochschulen.

Aufstockung der Streitkräfte auf 230.000 Soldaten.

Wörtlich: „Die deutsche Bundeswehr baut einen Generalstab auf.“ (Er war im Potsdamer Abkommen 1945 ausdrücklich verboten und er war der SS als verbrecherisch gleichgesetzt.)

Und auch die Forderung nach einer „eigenen Militärjustiz“ darf nicht fehlen.
Grundsätzliches der AfD-Militaristen:

Einerseits wird eine Entspannungspolitik der NATO gegenüber Russland befürwortet (soll wohl eine Distanz zur Dominanz der USA ausdrücken), andererseits heißt es:

„Deutschland leistet seinen Beitrag bei den Sicherheitsgarantien für die osteuropäischen Staaten.“

„Deutschlands geographische Lage und wirtschaftliches Gewicht rechtfertigen einen militärischen Führungsanspruch unter den europäischen NATO-Partnern in Europa.“ Und auch im Innern führt die Truppe. Der Staat im Staate ist durch die AfD im Kommen.

„Die Bundeswehr pflegt einen starken Korpsgeist, ihre Traditionen und deutsche Werte. Die Tugenden des Soldaten sind Ehre, Treue, Kameradschaft und Tapferkeit. Die Bundeswehr lebt die besten Traditionen der deutschen Militärgeschichte.“

Nun möchte ich zum Wirken des Joachim Wundrak kommen. Er hat das Lufteinsatzkommando in Kalkar führend mit aufgebaut. Und dort schuf er die militärische Denkfabrik JAPCC (Joint Air Power Competence Centre) führend mit. Hier am Niederrhein entstand das NATO- und Bundeswehrkommando-Zentrum für die weltweite Luftkriegs- und Weltraumkriegsführung. Dort demonstriert die VVN-BdA aus NRW und die Ostermarschbewegung des Bundeslandes Jahr für Jahr am 3. Oktober (!) gegen Nato und Bundeswehr. Vor zwölf Jahren haben wir hier eine Art von alternativem Nationalen Feiertag begründet. **(Quelle: Ossietzky 7/2012 “NATO plant Krieg von deutschem Boden aus Proteste am Niederrhein in Kalkar und Ossietzky 21/2013 - Der olivgrüne 3. Oktober - Ein Nationalfeiertag anderer Art)**

Von Ramstein wurden die Kampfdrohnen seit Obamas Zeiten gelenkt, die vielen Afghanen den Tod brachten, und zwar vor allem Zivilisten. Aus Kalkar, heute Luftkampfzentrale der Bundeswehr und morgen die zentrale Einrichtung zur Lenkung der deutschen und US-amerikanischen Kampfdrohnen und anderen Mord-Roboter bis weit hinter den Ural, sollen todbringende Systeme gen Osten gesteuert werden. Dass auch Deutsche zu den in Kalkar eingesetzten Fernlenkern gehören, macht die Sache nicht besser. Philipp Breedlove hieß der US-General, der die Konzepte für die Einsätze aus Ramstein und Kalkar ersann; er war Ko-Chef (neben einem deutschen General, Jahre lang war dies Joachim Wundrak) in Ramstein und Kalkar und Saccour (militärischer NATO-Chef der USA) für die NATO in Europa) von 2013 bis 2016. Er fiel immer wieder durch

kriegerische Reden auf und er versprach den ukrainischen regierenden Rechtsextremen Luftschläge gegen Russland.

Vieles, was Ramstein schon eine Weile kann, wird künftig Kalkar/Uedem ausführen können. Ramstein gilt nach **academia vom 4.4.2014** als die Schnittstelle für Planung und Steuerung der völkerrechtlich umstrittenen Luftangriffe in Pakistan, Jemen und anderen Ländern. • In Kalkar/Uedem befindet sich das Weltraumlagezentrum für die Datenermittlung und Datenverarbeitung. Zusätzlich liegt die Nato-Verantwortung für den Luftraum nördlich der Alpen in Kalkar/Uedem. Schon lange brüstet man sich dort damit, einen Radius bis zum Baltikum abzudecken, große Teile Russlands eingeschlossen (**s. Ossietzky 7/2012**).

Für das Joint Air Power Competence Centre Kalkar - also für Joachim Wundrak – zählt die Kriegsführung und nicht alleine die offizielle und Grundgesetz-konforme Verteidigung • als Auftrag. Experten aus Armee, Industrie, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen arbeiten hier im JAPCC daran, das Potential der Luftstreitkräfte im großen Krieg des 21. Jahrhundert zu schaffen und zu lenken. (**Quelle: Ossietzky 23/2014 "Gefährlich für die ganze Menschheit"- JAPCC-Nato-Spitzentagung in Kalkar**)

Ja, sie nennen das Kriegführen - das Wort Frieden kommt in ihrem Sprachschatz gar nicht mehr vor. Kostprobe aus JAPCC-Dokumenten: „Die zwei Jahrzehnte dauernde Annahme, dass es in Europa keinen Ausgangspunkt für einen größeren Krieg gibt, ist einigermaßen zweifelhaft.“ 2014 schrieb die führende Nato-Strategieschmiede JAPCC in ihrem Manuskript "Future Victor Part I S.141, es sei anzuzweifeln, dass es keinen großen Krieg mehr in Europa geben werde. General Breedlove ist von Ramstein und Kalkar aus weiter in der US-Truppe aufgestiegen. Seine Nachfolger arbeiten seine Pläne weiter ab.

Und die AfD nimmt die Pläne mit Hilfe Wundraks auf. Die AfD sieht Deutschland - ganz wie CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen - als globale "Gestaltungsmacht", die ihre Streitkräfte massiv aufrüsten und besser einsatzfähig machen muss. Während der Bundestags-Mainstream darauf setzt, die EU als Einflussinstrument für die Berliner Weltpolitik zu nutzen, favorisiert die AfD für die Bundesrepublik den nationalen Weg zur globalen Macht. Diese Variante käme wohl zum Tragen, sollte die EU einst an ihren zunehmenden inneren Widersprüchen oder an erstarkenden Austrittsbewegungen scheitern.

Wundrak wurde 2021 in den Bundestag gewählt. "Die USA sind der wichtigste Bündnispartner Deutschlands", hieß es im **AfD-Wahlprogramm** von 2021: "Leitbild einer interessengeleiteten deutschen Außen- und Sicherheitspolitik ist die Gleichberechtigung beider Partner."

(siehe <https://www.afd.de/wahlprogramm-aussen-verteidigungspolitik/>)

Ein übergreifender Konsens, der von den neoliberalen Spektren des deutschen Establishments, über sozialdemokratische und konservative Milieus bis zu den

nationalistischen Kreisen der AfD reicht, besteht auch in der Forderung nach einer signifikanten Aufrüstung der Bundeswehr. "Die deutschen Streitkräfte" seien "so zu reformieren", dass ihre "Einsatzbereitschaft auch bei Einsätzen mit höchster Intensität gewährleistet ist", hieß es im AfD-Wahlprogramm.

Jahr für Jahr beraten führende Nato-Militärs auf Einladung des Joint Air Power Competence Centre (JAPCC) aus Kalkar mit PolitikerInnen der Nato-Staaten, Strategen aus dem Hochschulbereich und Rüstungsindustriellen in der Messe Essen über das Thema „Abschreckung“.

Im JAPCC-Manuskript zu einer Konferenz heißt es u.a. „Eine nicht verwendbare Waffe, nuklear oder nicht, wird niemand abschrecken. Deshalb ist es notwendig, egal wie unwahrscheinlich die Möglichkeit ihres Einsatzes ist, dass atomwaffenbesitzende Staaten Doktrinen und Pläne für ihren Einsatz haben müssen.“ Zu den Legitimationslösungen gehört die Falschaussage, die NATO sei aufgrund östlicher Überlegenheit wie schon in den Jahrzehnten des Kalten Krieges zu verstärkter Rüstung gezwungen. Das ist eine Umkehrung der Rüstungsrealitäten zwischen Ost und West.

Es meinte der US-General Breedlove: „Die Grundlage jeder beliebigen Strategie in Europa muss die Erkenntnis sein, dass Russland eine dauerhafte existenzielle Gefahr für die Vereinigten Staaten, deren Verbündete und die Weltordnung darstellt. Russland will wieder eine Großmacht werden und hat seine Ambitionen bereits durch simulierte Angriffe auf einen US-Zerstörer in der Ostsee durch seine Kampfflugzeuge sowie durch wiederaufgenommene Flüge strategischer Bomber entlang der US-Küste an den Tag gelegt.“ Im Vorbereitungsmanuskript der Essener Konferenz des Kalkarer JAPCC heißt es im Widerspruch zum Friedensgebot des Völkerrechts und der Verfassung: „dass ... die Notwendigkeit für Nuklearstaaten besteht, Doktrinen und Pläne für ihre (nukleare) Anwendung zu haben.“ Das nukleare Inferno wird hier Option der Doktrin und der Pläne.

Dem entsprechend geht bei JAPCC-Konferenzen stets um den Atomkrieg.

Die Konferenz 2018 befasste sich mit dem 'Nebel des Tages Null', wobei der Tag Null nicht das Kriegsende, sondern dessen Anfang markiert. Es geht in der Tat um Kriegsvorbereitung.

Die 2019er JAPCC-Konferenz konkretisierte die Vorbereitung auf ein Kampfgeschehen mit dem Konzept der ineinandergreifenden Anwendung aller Waffengattungen vom All über die Luftwaffe bis in das Internet mittels Cyber-War-Schadstoff-Programmen und Trojanern, die sogar Atomkraftwerke angreifen können oder die gesamte finanzielle, gesundheitspolitische sowie Finanzen, Ressourcen und Mobilität steuernde Infrastruktur. Diese Multi-Domain-Operations-Konzeption sollte 2020 weiter verfeinert werden, indem sich die Nato-Tagung mit Sprung-Innovationen wie etwa den Drohnen und weiteren Neuerungen für das Kriegshandwerk befassen wollten. Corona führte zur Absage der Konferenz.

2021 geht es in der Konferenz um die Zur-Verfügung-Stellung von Schlagkraft im Tempo, das die von den Militärs so eingeschätzte Relevanz erforderlich macht ["Delivering NATO Air & Space Power at the Speed of Relevance"] Die Militärs haben klar gesagt, dass Siege von einer auf Schnelligkeit aufbauenden Strategie

abhängen.

Dieser Kriegsrat ist gegen die Zukunft gerichtet. Die Friedens- und Ökologie-Bewegungen sind in ihrem friedensökologischen Widerstand gefordert, aufzuklären, Protest zu erheben und diese Pläne zu durchkreuzen.

Die Friedensbewegung fordert, dass Strategieplanungen JAPCC, die das friedliche Zusammenleben der Völker infrage stellen, zu verbieten sind, doch die Stadt Essen und die Landesregierung zeigen keine Bereitschaft, dem Grundgesetz an dieser Stelle Geltung zu verschaffen.

Nun zu einem aktuellen Streitpunkt. Ein Arbeitsausschussmitglied des bundesweiten Kasseler Friedensratschlags (**es wird in Unsere Zeit vom 23. 12. 2022 zitiert**) sprach sich für das Zusammengehen der Friedensbewegung mit Mandatsträgern der AfD aus.

Ich schrieb dazu in einem nicht veröffentlichten Leserbrief: „Maßgebliche Leute der AfD halten den Krieg der Nazis für einen 'Vogelschiss der Weltgeschichte' und den Krieg in der Ukraine für die Abwehr der jüdischen USA. Sich - wie geschehen - auf das Nationalkomitee Freies Deutschland zu berufen, ist völlig absurd. Im Nationalkomitee Freies Deutschland haben sich Soldaten, die sich vom Faschismus abgewendet haben und den Krieg bekämpften, mit antifaschistischen Politikern zusammengetan. Der junge Soldat Jupp Angelfort gehörte zu ihnen. Er wurde später unser VVN-BdA-Landesvorsitzender. Er kann sich gegen das, was da geredet worden sein soll, nicht mehr wehren. Nun müsste es der Friedensratschlag tun.“

Peter Gingold, Widerstandskämpfer und unermüdlicher Mahner, hinterließ uns diese Aussage in seinen Erinnerungen: "1933 wäre verhindert worden, wenn alle Gegner der Nazis ihren Streit untereinander zurückgestellt und gemeinsam gehandelt hätten. ... Heute haben wir alle diese Erfahrung, heute muss jeder wissen, was Faschismus bedeutet. Für alle zukünftigen Generationen gibt es keine Entschuldigung mehr, wenn sie den Faschismus nicht verhindern!" (**Quelle: Peter Gingold " Paris – Boulevard St. Martin No. 11, Ein jüdischer Antifaschist und Kommunist in der Résistance und der Bundesrepublik" Hrsg. von Ulrich Schneider, Köln, 2019**)

Die Uneinigkeit, die hier beklagt wird, war vor allem jene zwischen SPD und KPD vor 1933. Die heutige Uneinigkeit, die es zu überwinden gilt, ist vor allem jene zwischen den verschiedenen Bewegungen zur Frage des Krieges, des Klimas, des sozialen Protestes, der Gesundheitspolitik, des Umgangs mit Migrant*innen, der Abwehr des Rassismus. Auf allen diesen Feldern arbeiten vorbildlich starke außerparlamentarische Kräfte, aber sie handeln nicht gemeinsam, weil sie unterschiedliche Prioritäten sehen. Die notwendige Gemeinsamkeit herzustellen, wäre Sache der Gewerkschaftsbewegung. Auf sie kommt es an. Die traditionsreiche Organisation der Friedensbewegung und des Antifaschismus, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten sollte sich ebenfalls als Plattform demokratischer Gemeinsamkeit anbieten.

Zu JAPCC und Breedlove u. a. (zusammengestellt von Bernhard Trautvetter) siehe hier:

<https://www.spiegel.de/international/world/breedlove-network-sought-weapons-deliveries-for-ukraine-a-1104837.html> Zu Drohneneinsätzen in Afrika und 'Nahem Osten' (Quelle nicht FR, sondern academia):

https://www.academia.edu/6975800/Ramstein_Miesenbach_Schaltzentrale_im_weltweiten_Morde_n_mit_Drohnen_US_Mord_Drohnen_Krieg_läuft_über_Ramstein_Miesenbach Ferner der Text: <https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/kalkar-zeitbomben-in-der-luft>

Luftraumüberwachung. Baltikum.

https://rp-online.de/politik/kalkar-deutsche-kampffjets-sichern-wieder-das-baltikum_aid-19781465

Das Zitat "Die zwei Jahrzehnte überdauernde Annahme, dass es in Europa keinen Ausgangspunkt für einen größeren Krieg gibt, ist einigermaßen zweifelhaft;" steht hier: https://www.japcc.org/wp-content/uploads/Future_Vector_II_web.pdf (S.141)

Das Zitat zur Brauchbarkeit nuklearer Arsenale ist von der JAPCC_Konf. 2017: https://www.japcc.org/wp-content/uploads/JAPCC_Conf_RA_2017_screen.pdf (s.40) Zu den Doktrinen zur 'Anwendung' nuklearer Arsenale siehe ebenfalls das Vorbereitungsmanuskript für die 2017er Konf. d. JAPCC - S. 40

Die JAPCC zum "Nebel": https://www.japcc.org/wp-content/uploads/JAPCC_Conf_RA_2017_screen.pdf Quelle zur 2021er Konferenz zur 'Speed of Relevance': <https://www.japcc.org/proceedings/conference-proceedings-2021/>

Friedensbewegung gegen Nato-JAPCC-Tagung/en: <https://essener-friedensforum.de/nato/>

Zur militärpolitischen Programmatik der AfD siehe:

Militärprogramm des „Arbeitskreises Verteidigung“ der AfD-Bundestagsfraktion. (<https://afdbundestag.de/verteidigungspolitisches-strategiepapier-arbeitskreis-verteidigung-der-afd-fraktion/>) ferner "Arbeitskreis Verteidigung" der AfD-Bundestagsfraktion: Dokument "Streitkraft Bundeswehr. Der Weg zur Verteidigungsfähigkeit Deutschlands", Juli 2019,

Was war die Vorgeschichte zu 1933 und 1939?

Am 5. März 1997 verbreitete die Nachrichtenagentur dpa folgende sensationelle Notiz: *"Das deutsche Militär hat sich seit 1925 aktiv auf einen Zweiten Weltkrieg vorbereitet. Dies wird nach Informationen der Zeitung `Die Zeit` durch ein bislang geheimes Dokument belegt. Danach habe sich das deutsche Militär lange vor Hitler mit konkreten Aufrüstungsplänen für ein Kriegsheer beschäftigt. Das mehrere hundert Seiten umfassende Dokument habe über Jahre im Pentagon gelagert und sei von einem Hamburger Privatforscher im Nationalarchiv in Washington entdeckt worden. Auf Betreiben des Chefs der Heeresleitung, General Hans von Seeckt, sei sieben Jahre nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg mit der Planung für eine Kriegsarmee begonnen worden. Seeckt habe dem Truppenamt die Planungsaufgabe gestellt, ein Kriegsheer mit bis zu drei Millionen Mann aufzustellen. Die 102 Divisionen, die bei Kriegsbeginn 1939 bereitstanden, seien bereits damals detailliert geplant worden. Nur durch diese Vorbereitung habe Hitler binnen sechs Jahren die stärkste Landmacht des Kontinents bilden können. Einer der Verfasser, der ehemalige Generalleutnant Walter Behschnitt, habe die Arbeit später als das ‚Geheimste vom Geheimen‘ eingestuft."*

Die Generäle planten also ab 1925 den großen Völkermord. Die Verbrechen der Wehrmacht wurden schon damals in jenem Dokument konzipiert: *"Hemmungen irgendwelcher Art darf es nicht geben ... Die Meinung der Welt gilt wenig, wenn die Befreiung winkt ... Ein auf das Äußerste zu steigender Hass darf vor keinem Mittel der Sabotage, des Mordes und der Verseuchung zurückschrecken - Gas und Rauch, Bakterien, elektrische Fernlenkung und Zündung, Aviatik."*

Etlliche der Reichswehroffiziere, die derartiges allergeheimst aufgeschrieben

hatten, gehörten zu jenen, die Hitler 1933 zur Macht verhalfen.

Als dieser am 3. Februar 1933 die Befehlshaber von Heer und Marine im Bendlerblock aufsuchte, sprach er mit ihnen über vieles, was sie selber längst im Sinne hatten: Die "Ausrottung des Marxismus", den Kampf gegen die Ergebnisse des Ersten Weltkrieges und die Stärkung des "Wehrwillens" - "mit allen Mitteln". Kurz darauf traf sich Hitler mit den Herren der Rüstungsindustrie, nahm ihre Millionenspenden für die NSDAP entgegen und versprach Hochrüstung und "Wehrhaftigkeit". Zur "Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln" gehörte gnadenloser Terror gegen alle, die erkannt hatten: "Wer Hitler wählt, wählt den Krieg." General v. Seeckt, der Chef der Reichswehr, hatte 1925 ausgesprochen, worum es bei der Schaffung des Großen Heeres ging: *"Wir müssen Macht bekommen, und sobald wir diese Macht haben, holen wir uns selbstverständlich alles wieder, was wir verloren haben."*

Hitler stimmte an jenem 3. Februar 1933 zu und versprach, was die Heeresführung wünschte: Keine Duldung des Pazifismus, Todesstrafe für Landesverrat, Beseitigung des "Krebsschadens der Demokratie", Wehrtüchtigung der Jugend, allgemeine Wehrpflicht, vor allem aber "die Wiederherstellung der deutschen Macht". Die Gelegenheit dazu habe man erst, wenn "im Geheimen wirtschaftlich und militärisch alle Vorbereitungen hundertprozentig" getroffen seien. Einen Schritt weiter als die Generäle ging Hitler, als er auf die Frage "Wie soll politische Macht, wenn sie gewonnen ist, gebraucht werden?" antwortete: *"Erkämpfung neuer Exportmöglichkeiten, vielleicht - wohl besser - Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung."* Schweigend akzeptierten die Generäle auch diese Vorstellungen (s. C. Dirks / K. H. Janssen: "Der Krieg der Generäle - Hitler als Werkzeug der Wehrmacht", Berlin 1999).

Die Verbrechen der Wehrmacht wurden schon damals in jenem Dokument konzipiert.

Es kam wie geplant. Als der Krieg am 1. September begann, standen die Truppen bereit, so wie ab 1925 konzipiert.

Die Pläne Hitlers und der Generäle waren geheim. Nie hätte die NSDAP die Wähler gewonnen, die sie gewann. Auch heute verspricht die AfD Frieden. Ihren Wählern darf man abnehmen, dass sie für den Frieden sind. Sie sind für den Frieden, wie jene NSDAP-Wähler in den 30er Jahren auch. Wäre Hitler ehrlich gewesen, hätten sie ihn nicht gewählt. Erst am 10. November 1938 enthüllte Hitler, nunmehr Diktator eines „völkischen Führerreichs“, in der „Hauptstadt der Bewegung“, in München, vor rund 400 Verlegern und „Hauptschriftleitern“, also Chefredakteuren, seine Strategie und die Motive seines jahrelangen Taktierens mit den Worten: „Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden.“ Und dann führte er u.a. aus: „Es ist selbstverständlich, daß eine solche jahrzehntelang betriebene Friedenspropaganda auch ihre bedenklichen Seiten hat; denn es kann nur zu leicht dahin führen, daß sich in den Gehirnen

vieler Menschen die Auffassung festsetzt, daß das heutige Regime an sich identisch sei mit dem Entschluss und dem Willen, den Frieden unter allen Umständen zu bewahren." ... "Es war nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustellen...und ihm langsam klarzumachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen." - Die AfD gibt sich als Friedenspartei, "die Umstände" zwingen sie dazu. Ich habe ein Dokument verfasst, das die Lüge von der friedliebenden AfD entlarvt.

Erfahrungen im antimilitaristischen Wirken

Über 25 Jahre ist es her, dass der Gründer und Herausgeber des Ossietzky mich gebeten hat, für die Nachfolgezeitschrift der legendären Weltbühne Beiträge zu liefern. Dieser Aufforderung des verehrten Journalistenkollegen Eckart Spoo, der leider 2016 verstarb, kam ich gerne nach. Hin und wieder erschienen meine Beiträge in Ossietzky, und dann immer häufiger. Hier werden nun die Gedanken zur Zeit, die ich notierte und deren Veröffentlichung mir wichtig sind, gebündelt vorgelegt.

Im Jahre 1990 endete meine Zeit als Tageszeitungsredakteur und ich wurde »freier« Journalist. Regelmäßig schrieb ich für das Neue Deutschland. Ich war bestrebt, stets nur Themen zu behandeln, die noch unbehandelt oder Tabu waren. Und in Ossietzky hatte ich das Medium gefunden, das diese Themen gern aufgriff. Im Buch »Mörderisches Finale« über die Verbrechen der Kriegsendphase bündelte ich die Berichte aus den letzten Kriegsmonaten 1945. Das hatte vorher niemand gemacht und sogar die Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (Nr. 10/200) äußerte sich anerkennend über die Behandlung eines Themas, das vorher keins war.

So manche Beiträge schrieb ich über ein ebenfalls vernachlässigtes Thema, über die Bundeswehr im Innern, über den Militarismus als die Politik prägendes System. Wenn der Kanzler von einem Tag zum anderen eine »Zeitenwende« erfindet, die Bundeswehr als total »blank«, ungeheuer vernachlässigt ansieht und ein neuer Verteidigungsminister die Bühne betritt und deutsche »Kriegstüchtigkeit« verlangt, so folgen sie den Weisungen eines Generalstabes. Einen solchen sollte es nach den unseligen Erfahrungen bis 1945 nie wieder geben, aber es gibt ihn. Er treibt seit langem wieder sein Unwesen.

So konnte ich Bücher mit Dokumenten vorlegen, die aus der die deutsche Militär- und Außenpolitik immer mehr prägenden Generalität und den reaktionärsten Kreisen deutscher Politik stammten.

Deren Ideen und Pläne wurden auf der Tagung von der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und Bundeswehr 1991 in Fürstfeldbruck erörtert, an der ich teilnahm. Tenor: Nach der Beseitigung wesentlicher Folgen des Zweiten Weltkrieges, geht es nun um die Überwindung der Folgen des Ersten Weltkrieges, und der fing bekanntlich auf dem Balkan an. Die Zerstörung von allem, was nur entfernt an Jugoslawien erinnert, war das Ziel. Dies benannten der ehemalige Verteidigungsminister Rupert Scholz (CDU) und hohe

Bundeswehroffiziere wie auch Rüstungsmanager. Auch die Mandatierung einer westeuropäischen EU als Militäramm Europas anstelle der Mandatierung durch den UNO-Sicherheitsrat wurde als Konzept genannt. Was folgte, ist bekannt.

Dem deutschen Heer wurde eine »Leitlinie für die operative Führung von Kräften des Heeres« verordnet, nach denen die Führer deutscher Panzertruppen, Fallschirmjäger, Gebirgsjäger und Infanteristen ausgebildet werden. Auch dieses Dokument wurde erstmals der Öffentlichkeit vorgelegt. Der Satz von der Fortsetzung der Politik mit kriegerischen Mitteln kommt darin wieder voll zur Gültigkeit. Von »siegreichen Offensiven« und »aggressiven Operationen« ist darin die Rede. Die Krisen, die zum Krieg führen, werden darin als austauschbar geschildert – womit wir erfuhren, warum der türkische Krieg gegen die Kurden eine innere Angelegenheit des Regimes in Ankara ist, das Vorgehen Serbiens im Kosovo dagegen keine innere Angelegenheit ist. **(Quelle: bbw-Dokumentationsreihe Nr. 20 des Bildungswerkes der Bayerischen Wirtschaft)**

Von Fürstenfeldbruck gelangte ich nach Mittenwald auf den Hohen Brendten. Dort fanden jahrelang die Treffen der WehrmachtsgGebirgsjäger mit der Gebirgstruppe der Bundeswehr statt. Es waren Gedenkveranstaltungen für die gefallenen Kameraden, nicht für ihre Opfer. Die Opfer waren die Zivilbevölkerung vieler Dörfer auf dem Balkan, in Italien und in der Sowjetunion. Die Veteranen hatten dort im Partisanenkampf gehaust und Massenmord begangen. Sie trafen sich in Mittenwald und planten neue große Taten. Zuerst hörte ich zu – mit dem Tonbandgerät unter der Jacke. Dann wurde ich Mitglied des Kameradenkreises und sammelte unter cover Informationen. Diese veröffentlichte ich und half dabei, gemeinsam mit Freunden aus der VVN-BdA und der Autonomen Antifa regelmäßige Protestdemonstrationen von Antimilitaristen am Hohen Brendten zu organisieren. Zugleich recherchierte ich in den Reservistenverbänden, die immer mehr Bedeutung erlangten. Meine Mitgliedschaft im Kameradenkreis endete 2008. Ich wurde vor Gericht gestellt, man beschlagnahmte bei einer Hausdurchsuchung meinen Computer, mein Archiv. (Es gab kein Urteil, aber eine saftige Rechnung für Prozesskosten.) Zahlreiche Beiträge für Ossietzky entstanden in jener Zeit, - auch zu diesem Prozess. **(Quelle: „Eine Mordstruppe“, Dokumentation der Auseinandersetzung zwischen dem völkisch-militaristischen „Kameradenkreis Gebirgstruppe“ und der VVN-BdA), 2009)**

Ich konnte den Kameradenkreis Gebirgstruppe mit Originalzitate als »die Verbindung zwischen den aktiven und nicht aktiven Angehörigen der Gebirgstruppe« bezeichnen. Beim jährlichen Pfingsttreffen auf dem Hohen Brendten lobte sich der Kameradenkreis als Heimat der Gebirgsjäger, die heute »als unsere Truppe in Bosnien an erster Stelle« ihren Auftrag erfüllen und im Zweiten Weltkrieg sich »für das Vaterland geopfert« hätte. Die »Niederlage« von 1945 sei »demütigend« gewesen; die Soldaten hätten ihre Pflicht getan und »womöglich« für eine falsche Sache Opfer erbracht. **(Quelle: „Gebirgstruppe“, Mai 1997, hg. vom Kameradenkreis der Gebirgstruppe)**

Ein weiteres Beispiel: Für das Neue Deutschland **(siehe ND 3. 12. 1991)** nahm ich im Herbst 1991 in Hahnenklee / Westharz an einer Propagandakonferenz des

Schäuble-Innenministeriums und des Bundesverfassungsschutzes teil, zu der über hundert junge Journalisten aus den »neuen Ländern« eingeladen worden waren, um auf Linie gebracht zu werden. Die Arbeiten von Verfassungsschutzwissenschaftlern nach dem Strickmuster »rot ist schlimmer als braun, weil noch wirksam« spielten eine große Rolle. Prof. Eckhard Jesse, Referent in Hahnenklee, hat in einem Grundsatzartikel in der **FAZ vom 28. 8. 1991** der Hoffnung der Ultrarechten Ausdruck gegeben: »Vielleicht werden die frühen neunziger Jahre dereinst als eine Inkubationszeit für den Beginn eines ›Anti Antifaschismus‹ gelten.« Bald danach wurde diesem Begriff von Neonazis mit terroristischen Methoden Nachdruck verliehen. Es wurden in Hahnenklee politische Bildungsmaterialien präsentiert, die den Anti-Antifaschismus begründeten, bevor die Neonazis selbst auf die Idee einer Anti-Antifa kamen. So wurde in Hahnenklee eine Broschüre zur »Inneren Sicherheit« mit dem Titel »Bedeutung und Funktion des Antifaschismus« vorgelegt. Darin wird im Vorwort des Ministeriums – Innenminister war damals Wolfgang Schäuble – der angebliche Missbrauch des Antifaschismus angeprangert: »Die Linksextremisten sehen in ihm ein neues Schwerpunktaktionsfeld für sich, nachdem Friedensbewegung und Anti-Kernkraft-Bewegung abgeflaut sind. Sie setzen auf die traditionelle Zugkraft des Antifaschismus, um so ihre Bündnisfähigkeit zurückzugewinnen.« (**hg. vom Bundesministerium des Inneren, Oktober 1990**)

Ein weiterer Schwerpunkt meiner Recherchen galt den Verbrechen der Wirtschaft 1933 bis 1945, das heißt ihr Wirken für die Machtübertragung an die Nazis und für ihren ungeheuren Profit, den sie aus der Nazi Herrschaft und dem Krieg zog. Veröffentlichungen dazu werden als Tabu angesehen. Dort wo diese Verbrechen bisher geschildert wurden, verschwinden sie aus den Gedenkstätten.

Nicht jedoch aus dem Internet-Archiv der nordrhein-westfälischen VVN-BdA. Der Aufbau dieses Archivs infolge jahrelanger kollektiver Recherchen der Freundinnen und Freunde der VVN-BdA ist eine einmalige Leistung, an der ich mitwirkte. Und diese Aktion ist nicht zu Ende. (**Siehe <https://verbrechen-der-wirtschaft.vvn-bda.de> und www.verbrechen-der-wirtschaft.de**)

In »An die Nachgeborenen« schrieb Bert Brecht:

»Ihr, die ihr auftauchen werdet aus der Flut / In der wir untergegangen sind / Gedenkt / Wenn ihr von unseren Schwächen sprecht / Auch der finsternen Zeit / Der ihr entronnen seid. / Gingen wir doch / Durch die Kriege der Klassen, verzweifelt / Wenn da nur Unrecht war und keine Empörung.«

Oft erschien es uns, als kämen die finsternen Zeiten zurück. Und es herrschte Unrecht und da war keine Empörung. Ab Mitte Januar ist sie nun da, die Empörung. Was seit den Friedenskundgebungen Anfang der 80er nicht mehr denkbar war, ist wieder Realität. (**Siehe dazu Ossietzky 21/2023 Schneider/Sander**) Hunderttausendfach geht man wieder auf die Straße. Es herrscht das Aufstehen gegen Rassismus und Unmenschlichkeit. Darüber schrieb ich am **26. 1. 2024 in Ossietzky (2/2024)** unter der Überschrift »Deportationspläne«:

Großes Leid treibt derzeit 110 Millionen Verzweifelte in die Flucht vor Kriegen, Verwüstung, grausamer Unterdrückung, Hungersnot und den Zerstörungen durch den Klimawandel. Sie brauchen einen sicheren Zufluchtsort, auch in Deutschland und anderen Ländern der EU. Doch das EU-Europa betreibt Pläne zur endgültigen Beseitigung des Asylrechts, zur Inhaftierung und Auslieferung der Opfer und der Kriminalisierung der Seenotrettung und anderer Hilfe für die Flüchtenden. Das ist ein himmelschreiender Verstoß gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, verabschiedet von den Vereinten Nationen im Dezember 1948, in deren Artikel 14 es heißt: »Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.«

Gegenwärtig findet ein Wettstreit unter den Parteien statt, wer am meisten gegen dieses Menschenrecht verstößt. **Der "Spiegel" titelte am 20. Oktober 2023** mit Foto des Kanzlers dessen Aufruf: »Wir müssen endlich im großen Stil abschieben.« »Neue Härte in der Flüchtlingspolitik«, kommentiert das Nachrichtenmagazin und täglich erfolgen neue Aufrufe, gegen Flüchtlinge zu handeln, so besonders von CDU und CSU. Der Bundestag beschloss am 18. Januar 2024 ein spezielles Rückführungsgesetz. Dies sei ein wirksames Mittel gegen die AfD, der man den Rang an Unmenschlichkeit ablaufen möchte. Doch die wird damit nicht geschwächt, im Gegenteil.

Die EU beschloss am 20. Dezember 2023 ihr gemeinsames Vorgehen, um an der EU-Außengrenze die Flüchtenden abzufangen und in Gefangenenlager einzusperren. Nach scharfer Prüfung werden dann wenige Flüchtende in die EU-Länder weitergeleitet, und es ist daran gedacht, solche Prüfverfahren auch in Drittländern – in Afrika – durchzuführen.

Die neue »Bewegung Sahara Wagenknecht« hat die Drittländer-Lösung begrüßt und sich dem Wettbewerb im Vorgehen gegen die Migration angeschlossen. Man wolle sich für die dänische Lösung einsetzen. Doch die ist nach der italienischen die schlimmste. Italien übt sich in Pushbacks gegen die Flüchtenden auf dem Mittelmeer, im Krieg gegen Migranten. Tausende kamen schon ums Leben. Pushbacks mit bewaffneter Gewalt gibt es auch an den Grenzen osteuropäischer Staaten.

Pro Asyl, Flüchtlingsräte, Seebrücke und die VVN-BdA wie auch die Partei Die Linke, Gewerkschaftsgruppen, die Bewegung »Aufstehen gegen Rassismus« und die »Omas gegen rechts« protestieren schon lange gegen diese Entwicklung. Jetzt kam das Fass zum Überlaufen, und es entwickelte sich zigtausendfacher Protest in wenigen Tagen.

Es ist bekannt geworden, dass im November 2023 in Potsdam ein Geheimgespräch von AfD-Vertretern, rechten CDU-Leuten und Neonazis stattfand, das einen »Masterplan« zur »Remigration« aller Menschen mit Migrationsgeschichte aus Deutschland, auch solcher mit deutschem Pass, beriet. Wenn man bedenkt, dass mehr als ein Viertel der deutschen Bevölkerung einen migrantischen Hintergrund

hat und z.T. seit mehreren Generationen unter uns lebt, dann versteht man die Aufregung und die große Zahl der diesem faschistischen Plan Widerstehenden. Das Vorhaben erinnert an die Deportationspläne der Nazis und die Ausführung dieser Pläne.

Auch die Ampel- und die Oppositionsparteien geben sich aufgeregt – und reagieren »als Antwort« mit einer Verschärfung ihrer Anti-Asylpolitik-Rhetorik. Nicht einfach »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus« rufen sie, sondern nur dies: »Wir müssen endlich in großem Stil abschieben«. Die CSU setzt noch eins drauf: Der bestehende Grundgesetzartikel pro Asyl müsse gründlich geändert werden.

Was geändert werden muss, ist dies: Die Aufrufe zu den diesjährigen Ostermärschen sowie die der Friedensbewegung. Sie müssen ergänzt werden um Aufrufe zum Aufstehen gegen den Rassismus, für das Asylrecht und für die Menschenrechte.

Und so geschah es auch:

Die Friedensbewegung schloss sich den Forderungen der großen Demonstrationen gegen die AfD und die Remigration an. Im Aufruf zum Ostermarsch Rhein-Ruhr 2024 wird dazu und zu den Kriegen in Nahost und in der Ukraine ausgeführt:

Krieg, Verwüstung, Hunger und Not treiben Millionen Verzweifelte in die Flucht. Sie brauchen einen sicheren Zufluchtsort, auch in Deutschland und anderen Ländern der EU. Dafür setzen wir uns ein: Ungeteilte Solidarität mit den Flüchtenden aus Krieg, Armut und Not! Entwicklungszusammenarbeit und Umweltschutz statt Waffenexport!

Das Töten in der Ukraine, in Nahost und in den vielen weiteren Konfliktherden der Welt muss enden! Diplomatie statt Waffengewalt!

Unabhängig von Vorgeschichte und Hintergrund der zahlreichen weltweiten Kriege und bewaffneten Konflikte wie in der Ukraine und in Israel und Palästina fordern wir den Stopp aller Waffenlieferungen und setzen uns für die Einstellung aller Kriegshandlungen zugunsten diplomatischer Lösungen ein.

- Beendigung des Wirtschaftskrieges, friedliche Koexistenz mit Russland und China!
- Für einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand im Nahen Osten und eine Lösung des Israel-Palästina-Konflikts im Rahmen der Resolutionen der UNO!

Ergänzend möchte ich fragen:

Die Leugnung des Holocaust ist strafbar – und was ist mit einer neuen Vorbereitung des Holocaust? Artikel 16 des Grundgesetzes verbietet es, die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen. Die Planung von Massendeportationen muss endlich die Justiz beschäftigen. Die Remigrationsplaner gehören eingesperrt! Was ein AfD-Verbot angeht, so muss auf Artikel 139 GG Bezug genommen werden: »Die zur ›Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‹ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.« Diese Rechtsvorschriften sind also gültig und müssen im Fall der AfD angewendet werden. Gewiss, ein Verbot der AfD

würde faschistische Gesinnung nicht ausmerzen. Es würde jedoch ein Signal setzen zugunsten der hier angeführten antifaschistisch-demokratischen Interpretation der Wurzeln des Grundgesetzes.

Zu meiner Bestürzung finden sich auch aus der Feder linker Autoren ablehnende Berichte zu den großen Manifestationen. Die geheuchelte Zustimmung zu den Kundgebungen durch Politiker der Mitte wird als Zeichen dafür angesehen, dass die ganze Bewegung von oben gesteuert sei. Zu den Einwänden schrieb ich an solche skeptischen Freunde:

Ihr behauptet, die Enthüllung von **Correctiv vom Geheimgespräch am 25. November 2023** bedeutete lediglich, es »sollen« Deportationspläne »diskutiert« worden sein. Dort wurde aber wohl nicht nur diskutiert, sondern ganz konkret ein »Masterplan« beschlossen, der nach der Machtübernahme von AfD, Werteunion und neonazistischen Gruppen in Kraft treten soll. Der Vergleich mit der Wannseekonferenz wird von Euch abgelehnt – und dann

zitiert ihr Heydrich und Hitler, welche die »Endlösung der Judenfrage« auch nur als »Abschiebungen« darstellten. Eben. Konkretes wird allerdings im NSDAP-Parteiprogramm von 1920 angekündigt: Deutscher Volksgenosse könne nur sein, wer deutschen Blutes sei; Juden könnten keine Deutschen sein.

Zweitens: Es wird die Frage gestellt, warum die Enthüllung so lange liegen blieb, um dann erst im Januar veröffentlicht zu werden? Hätten die Rechercheure sofort Alarm geben sollen, nachdem sie an der Tür gelauscht haben? Verlangt nicht jede Recherche eine gute Nachrecherche? Es geht ja um Fakten, deren Veröffentlichung zu Mord und Totschlag führen können – im Wortsinne. Oder ganz einfach gefragt: Was hätte eine frühere Veröffentlichung gebracht? Kaufrausch zu Weihnachten und dann das? Die Kirche sieht mit dem Heiligen-Drei-Königstag am 6. Januar die Weihnachtszeit als beendet an. Erst dann konnte mit einer gewissen Beachtung der Recherche gerechnet werden.

Ich erinnere an die große Recherche zur Wiederaufrüstung Westdeutschlands 1950/1951. Wie war das?

Im Buch und **Film der DDR aus 1975 zu »Das unsichtbare Visier« (Filmtitel »Wasserschloss«)** ging es mit Ruck-Zuck ran an die Veröffentlichung. Das war übertrieben. In Wirklichkeit ist es nicht so schnell gelaufen. Die Himmeroder Tagung der Nazigeneräle vom 4. bis 9. Oktober 1950 war zwar zuvor von Martin Niemöller als mutmaßlich bevorstehend angekündigt worden. Der Inhalt der Geheimtagung der Hitlergeneräle fand jedoch erst zehn Monate später den Weg in die **Presse. Und zwar am 11. August 1951.**

Man sprach von einem »Weißbuch über die amerikanisch-englische Interventionspolitik in Westdeutschland und das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus« (**aus: Chronik der Arbeiterbewegung**). In dem genannten spannenden Krimi des DDR-Militärverlags aus dem Jahr 1975 wird ausführlich geschildert, wie die Wiederherstellung einer deutschen Wehrmacht geplant wurde, um »unter Führung der USA die Vormachtstellung in Europa« zu erlangen.

1999 hat dann diese Wehrmacht – nun mit dem Namen Bundeswehr – Belgrad bombardiert und wurde dann weltweit kriegerisch aktiv.. Es ist zu hoffen, dass der

Masterplan des »Geheimtreffens rechter Akteure in Potsdam« (**jw vom 12. 2. 2024**) nie so verwirklicht wird, wie jener des Treffens im Eifelkloster Himmerod. Mögen die Massenproteste noch wachsen, um das Unheil zu verhindern.

Übrigens habe ich im Jahr 2000 die Himmeroder Denkschrift (das Wasserschloss war ein Kloster in der Eifel) wieder entdeckt und in „konkret“ veröffentlicht. Sie wurde von der Bundeswehr und den Medien lange unterdrückt. In meinen Büchern »Szenen einer Nähe – nach dem großen RechtsUm der Bundeswehr« und »Macht im Hintergrund« habe ich darüber berichtet.

Martin Niemöller schrieb zu seiner **Enthüllung vom 1. 10. 1950 (siehe ND)** an den Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU): Was die Generäle planen, stehe im Widerspruch zum Grundgesetz. Diese Generäle haben dann aufgeschrieben: Wir machen nur mit, wenn die Bestrafung ehemaliger SS- und Wehrmachtsangehöriger wegen ihrer Kriegsverbrechen aufhört und diese Männer wieder in die Armee aufgenommen, sie rehabilitiert werden. Adenauer parierte. Nicht ein einziger Wehrmachtssoldat, der zur Bundeswehr kam, wurde wegen seiner Kriegsverbrechen verurteilt.

Die Bundeswehr war und blieb ein Hort der Nazis und Neonazis, die Justiz bewahrte sie vor Ermittlungen und Bestrafung. Niemöller damals: »Darüber hinaus werden sich evangelische Christen jeder Remilitarisierung praktisch widersetzen und sich darauf berufen, daß ihnen die Bundesverfassung dieses Recht gibt. Und wenn ihnen durch eine Verfassungsänderung dieses Recht endlich entzogen werden sollte, so werden wir uns wieder einmal darauf berufen müssen, daß man Gott mehr gehorchen muss als den Menschen.«

Der führende evangelische Pastor und VVN-Aktivist Niemöller konnte den führenden Katholiken Adenauer mit diesen Worten nur wenig beeindrucken, aber hunderttausende Christen und Nichtchristen durchaus. Viele Männer hatten im Krieg auf dem Koppelschloss die Worte stehen: »Gott mit uns«. Nun kämpften sie unter der Losung »Ohne uns« gegen die Wiederbewaffnung.

Heute wird gegen den Abbau des Asylrechts und gegen Deportationsfantasien sowie gegen die zutiefst militaristische AfD demonstriert. Millionen sagen: »Ohne uns! Nie wieder ist jetzt!«.

Der Schwur von Buchenwald als Vermächtnis im Ringen um Frieden und Freiheit

»Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.« Dieser Schwur der 21.000 überlebenden Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 wird oft in den Worten zusammengefasst: »Nie wieder Krieg, nie wieder

Faschismus« Doch keines dieser sechs Wörter kommt so in dem Schwur vor. Der Krieg war noch nicht zu Ende. Daher heißt es in der Einleitung zu dem Schwur: »Noch wehen Hitlerfahnen! Noch leben die Mörder unserer Kameraden! Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum!« Sehr wichtig ist das Wort "Wurzeln". Der VS lässt ganze Bücher voll schreiben, um zu beweisen, dass damit der Kapitalismus gemeint ist - das stimmt auch, aber nicht allein. Wer aber den Kapitalismus ablehne, der lehne die freiheitlich-demokratische Grundordnung ab und sei Verfassungsfeind. Mit dieser Begründung werde ich seit Jahrzehnten vom VS beobachtet und so kam ich jahrelang in den VS-Bericht Bayerns hinein, um etwas gegen die VVN-BdA, deren Vorstandsmitglied ich war, in der Hand zu haben. (Die Sache mit der Gemeinnützigkeit)

Am Beginn der Ostermarschbewegung kämpften wir unter der Losung "Gegen Atomwaffen in Ost und West". Die SPD hatte 1959 ihren Kampf gegen den Atomtod aufgegeben. Zur SPD von heute: Nach der Wehner-Rede von 1959 stellt das "Kriegstüchtigkeitskonzept" des Herrn Pistorius den zweitgrößten Verrat an der Friedensbewegung der Nachkriegszeit dar. Lühr Henken hat herausgefunden, dass "Zeitenwende 0.2" (0.1 war die Verwendung des Wortes durch Hitler) und vor allem "Kriegstüchtig" und die "blanke" Bundeswehr zwei Konzepte waren, die die Bundeswehrführung durch General Alfons Mais in die Politik einbrachte. **(Quelle: Rede Mais vorm Förderkreis Deutsches Heer e.V. im Jahr 2020, zitiert von L. Henken in Beilage zu Heft 1-2021 der Marxistischen Blätter):**

Wir brauchen eine Analyse zum Primat der Politik durch die Politik oder die Bundeswehr. Es gilt das Primat des heimlichen Generalstabs! General Gerd Bastian und Oberst Weber vom Krefelder Appell und dem Darmstädter Signal sind nicht mehr unter uns. Doch solche Leute brauchen wir wieder.

Es ist alarmierend: Nachdem die Militaristen aller Spielarten von 1945 bis 2020 sich als friedliebend ausgaben (Frieden schaffen mit wenig Waffen, Bundeswehr als größte Friedensbewegung) soll jetzt im Volk durchgesetzt werden: Wir müssen "kriegstüchtig" werden. Es werden jubelnde Massen an Militärzügen wie 1914 gewünscht. Die AfD wird ganz vorn bei den Jublern dabei sein.

Die Friedensbewegung muss Friedensbewegung sein. Die AfD ist da in keiner Weise kompatibel. Konservative sind es durchaus. Ich erwähnte Martin Niemöller, ich erwähnte auch Bastian und Weber. Der heutige Martin Niemöller ist Heribert Prantl. Die heutige Berta von Suttner ist Frau **Margot Käßmann**. Über Prantls und über die Andeutungen von Wandlungen in den Medien und unter den Konservativen schrieb ich in folgendem Artikel.

Der Wortlaut: Aufstand für den Frieden? Ja bitte!

„Da Anfang der 1980er Jahre sich die Medien und damit die veröffentlichte Meinung von der Friedensbewegung entscheidend beeinflussen ließen, die öffentliche Meinung zu einer friedlichen veröffentlichten Meinung wurde, war

damals ein entscheidender Schritt für den Erfolg der Friedensbewegung getan. Das ist derzeit nicht zu erwarten.“ (So Ulrich Sander/ Ulrich Schneider in „Ein Aufstand für den Frieden“, Ossietzky 21/2023)

Jetzt könnte es umgekehrt kommen:

Aus der „Süddeutschen Zeitung“ und aus der Funke-Gruppe kommen Aufrufe an die Friedensbewegung, endlich wieder machtvoll aufzudrehen. Es gäbe dafür gute Gründe. "Die atomare Bedrohung ist wieder da – und die Sorge auch".

Die deutsche Friedensbewegung leide an einer „Fähigkeitslücke“. “Es ist still. Es ist totenstill. In Deutschland werden Tomahawk-Marschflugkörper, SM-6-Raketen und Hyperschallraketen aufgestellt – und es bleibt still im Land. Kein lauter Protest, kein

Aufschrei, keine Demonstrationen. Deutschland ist das einzige Land in Europa, in dem diese US-Waffensysteme stationiert werden. Sie richten sich gegen Russland. Warum ist es so still?” So heißt es in einer Kolumne von Heribert Prantl in der **Südd.Ztg. vom 19. 7. 2024**. Die Stationierung soll bereits 2026 beginnen.

Und dann die “Westdeutsche Allgemeine” aus der Funke-Gruppe. “Die Angst vor einem Wettrüsten ist wieder da. Raketen-Pläne der Nato wecken Erinnerungen an die Demos gegen den 'Doppelbeschluss' zu Beginn der 1980er Jahre,” so titelt das Blatt Mitte Juli. Das Doppel stand für atomare Aufrüstung bei gleichzeitigem Angebot zu Abrüstungsabkommen. “In Westdeutschland fragen sich immer mehr Bürger, vor allem Jüngere, ob sich diese Rüstungsspirale immer weiterdreht.” Es werden Leser befragt. Von sieben Antworten ist nur eine zustimmend zu den Plänen des US-Militärs, denn es gehe ja gegen den gefährlichen Putin. Die anderen wiederbeleben auch nicht gerade die Losung “Ami go home”, aber man äußert Angst. Schon jetzt liegen zahlreiche US-Atomwaffen auf deutschem Boden, wird geantwortet, und einer erinnert daran: “Raketen sind Magneten”. Es drohe eine Rüstungsspirale, die am Ende niemand mehr einfangen kann; “daher bin ich klar gegen Aufrüstung und die Stationierung von US-Langstreckenraketen.” Mir macht das eher Angst, wird gesagt, und der Landesgeschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft / DFG-VK, Joachim Schramm, spricht sich für neue starke Proteste aus.

Erinnert wird an die Entwicklung der Debatte in der SPD. Erst nach dem Konstruktiven Misstrauensvotum vom Herbst 1982 und den Bundestagswahlen 1983, bei denen die SPD endgültig ihre Regierungsmacht verlor, begann ein Umdenken in der Partei. Erinnert wird auch daran, dass die Grünen ihre Existenz dem Engagement der Partei in der Friedensbewegung verdanken. Heute ist die Friedensbewegung geschwächt vor allem auch dadurch, dass die Grünen und die SPD, die 1983 auf der Seite der Friedensaktionen standen, zu Kriegsparteien geworden sind. Allerdings gibt es Widerspruch in beiden Parteien gegen die neusten Pläne der USA. In den Grünen wird das schlechte Abschneiden bei den EU-Wahlen als Resultat des Abgehens von der Friedenspolitik gesehen. Dies

wiederum löste bei Baerbock, Habeck und Hofreiter geradezu aufgeregte Reaktionen aus: Nur ja keine Kritik üben an der Stationierung der Tomahawks. Und Kanzler Scholz nennt die Entscheidung über die US-Raketenstationierung eine „sehr gute Entscheidung“.

Das ist sie nicht! SPD-Fraktionschef Mützenich widerspricht dem Kanzler und warnt vor neuem Wettrüsten. Die Tomahawks, die jetzt zur Aufstellung kommen sollen, sind weitaus präziser als seinerzeit die Pershings. Moskau kann atomar angegriffen und getroffen werden, ohne Vorwarnzeit. Und während in den 80ern die UdSSR noch versicherte, niemals als erste die Bombe einzusetzen, hat Russland nunmehr ebenso wie die USA die Ablehnung des Erstschlages abgelehnt. Zudem war der Plan des Doppelbeschlusses seinerzeit mit dem Angebot zu Verhandlungen verbunden, - ein solches Angebot fehlt heute. Verhandlungen, Abrüstung - das sind heute Fremdworte. 1987 wurde ein Abrüstungsvertrag namens INF unterzeichnet, der 2019 von den USA unter Präsident Trump wieder gekündigt wurde. Und nun droht dieser Trump, wieder US-Präsident zu werden, derselbe der einst sagte: Wozu haben wir die Atomwaffen eigentlich, wenn wir sie nie einsetzen?

Noch 2010 beschloss der Bundestag mit breiter Mehrheit, die Regierung Merkel solle sich „mit Nachdruck“ für den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen. Daran muss nun erinnert werden. Und zwar mit breitem Massenprotest auf den Straßen, aber auch mit Gesprächen von Tür zu Tür. Joachim Schramm erinnerte daran: „Wir haben damals an Wohnungstüren geklingelt und um Zustimmung gebeten, eine Straße symbolisch zur 'atomwaffenfreien Zone' zu erklären.“

Im Aufruf seiner DFG wird derzeit zu Aktionen aufgerufen und betont: „Die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) äußert scharfe Kritik an der kürzlich verkündeten Entscheidung, ab 2026 US-Mittelstreckenraketen in Deutschland zu stationieren. Diese Aufrüstung stellt eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit in Europa dar und könnte zu einer weiteren Eskalation der Spannungen mit Russland führen.“ ... Nun komme das Wettrüsten, vor dem die Friedensorganisation gewarnt hat, in Gang. „Es wird Deutschland zu einem potenziellen Ziel eines gegnerischen Schlags machen und erhöht drastisch die Kriegsgefahr. Denn Mittelstreckenraketen lassen sich praktisch ohne Vorwarnzeit abfeuern und treffen binnen Minuten ihr Ziel - eine politische Reaktion ist kaum mehr möglich. Zudem lassen sich atomare und konventionelle Geschosse beim Anflug nicht unterscheiden. Die DFG-VK fordert die Bundesregierung auf, dieser gefährlichen Entwicklung entschieden entgegenzutreten und keine Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden zuzulassen. Stattdessen sollte Deutschland aktiv für neue Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge werben, um Frieden und Sicherheit in Europa zu gewährleisten.“

Die Gewerkschaften wieder friedensbewegt machen

Mutter Gewerkschaft und ihre Mitglieder (aus Ossietzky vom 28.6.24)

»Mutter Courage und ihre Kinder« ist ein Drama von Bertolt Brecht. Es wurde 1938/39 im schwedischen Exil verfasst. 1941 wurde es in Zürich uraufgeführt. Es spielt im Dreißigjährigen Krieg zwischen 1624 und 1636. Erzählt wird die Geschichte der Marketenderin Anna Fierling, genannt Mutter Courage, die versucht, ihr Geschäft mit dem Krieg zu machen, und dabei ihre drei Kinder verliert. Das Geschehen kann als Warnung an die kleinen Leute verstanden werden, die hoffen, durch geschicktes Handeln mit dem Krieg umgehen zu können. Doch Brecht will mehr: Er will Abscheu vor dem Krieg auslösen und die Ablehnung des Kapitalismus bewirken, der ihn hervorbringt. Das Publikum soll Lehren ziehen. Ganz am Schluss einer mittleren Szene lässt sich Mutter Courage zu dem Satz hinreißen: »Der Krieg soll verflucht sein.« Die Antithese zum Schlusssatz dieses sechsten Bildes folgt sofort zu Beginn des siebten: »Ich lass mir von euch den Krieg nicht madig machen«, so die Fierling. Der Krieg ist ihr Geschäft, auch wenn sie und ihre Kinder daran zu Grunde gehen.

Ein Theaterstück oder eine Erzählung »Mutter Gewerkschaft und ihre Mitglieder« ist heute fällig. Am Anfang steht das Jahr 1999. Da wurde Deutschland wieder zu einer kriegführenden Nation. Krieg gegen Jugoslawien. Bis dahin galt der Satz in den Gewerkschaften: »Der Krieg soll verflucht sein.« Jetzt galt: »Wir lassen uns den Krieg nicht madig machen«, denn es war ja auch der Krieg der Sozialdemokratie. Es war eine Lage wie 1914. Ein hoher CDU-Politiker hatte formuliert: Nach der Beseitigung der Folgen des Zweiten Weltkriegs müsse man nun an die Beseitigung der Folgen des Ersten Weltkriegs herangehen.

Der neue Krieg um die Neuordnung Europas im Sinne des westlichen Nato-Kapitalismus begann. Er wurde in der Ukraine fortgesetzt, vom Vorgehen Russlands gesteigert. Sollte der Westen seine Beteiligung an dem Krieg zugunsten der Ukraine verstärken, so würde Russland laut seinem Präsidenten, »alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um Russland zu schützen – das ist kein Bluff«. Sogar die *Süddeutsche* mahnte angesichts dieser atomaren Drohung, die sich seitdem mehrfach wiederholte: »Vielleicht sollten sich die Staatsmänner bei aller Verurteilung des Krieges auch mal an die Möglichkeit eines Verhandlungsfriedens erinnern?«

Diese Mahnung wurde und wird von der Mehrheit der Gewerkschaftsführungen nicht geteilt. Ich fand die folgende Meldung, als ich an Willi Hoffmeisters Buch »Die Faust nicht nur in der Tasche ballen« mitarbeitete; sie befand sich in den Unterlagen des Gewerkschafters und Friedensaktivisten. Ein alarmierendes Dokument bereits aus der Zeit der Schröderschen Kanzlerschaft. Es besagte, dass der IG Metall-Vorstand im Juli 2012 beschloss: »Die IG Metall ist sich der Realität Anfang des 21. Jahrhunderts bewusst: Gewaltkonflikte und sogar Kriege wird es weiterhin geben und damit auch die sicherheitspolitischen Bedürfnisse und Interessen von Menschen, Staaten und Staatenbündnissen. Die Produktion von Rüstungsgütern ist Teil dieser Realität.« Die Kriegsgewinne beispielsweise von Rheinmetall bleiben auch heute ohne Kritik – denn es kommen ja auch viele neue

Arbeitsplätze dabei heraus.

Zum Kriegsinteresse der Courage besteht nur ein gradueller Unterschied zu dem der IG Metall-Führung.

Bei Zweifeln der Courage angesichts der Rekrutierung ihrer Söhne sagten ihr die Soldatenwerber: »Wer vom Krieg leben will, muss ihm auch etwas geben.« Und so erfolgt auch kein Aufschrei der Gewerkschaften angesichts der Pläne des SPD-Ministers Pistorius für die Kriegstüchtigkeit der Bevölkerung und die Wiedereinführung der Wehrpflicht und somit der Bereitstellung von Kanonenfutter. Es ist doch so: Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt.

Sollte es zu einem Atomkrieg kommen, wird die Gewerkschaftsführung nicht einmal mehr in der Lage sein, erneut zu erklären: Der Krieg soll verflucht sein.

Im Mai 2010 schrieb ich:

Dauernd werden wir aufgefordert, zu trauern und nicht den Soldaten der Bundeswehr, die z. B. in Afghanistan für die „Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“ kämpften, „in den Rücken zu fallen“. Keiner spricht mehr von Oberst Georg Kleins Opfern. Der Mörder Klein ließ über hundert Zivilisten am Kundusfluss im Sept. 2009 zu Tode bombardieren) Er läuft frei herum, wurde gar zum Brigadegeneral befördert. Und niemand spricht von den sechs verbündeten afghanischen Soldaten, die von den verbündeten Deutschen am selben Tag „versehentlich“ umgebracht wurden, an dem drei Deutsche starben. Eine widerliche Heuchelei, die Sache mit „unseren Soldaten“. Die drei Deutschen könnten leben, wenn sie sich für das Leben und gegen den Krieg entschieden hätten. Wer ihre Kameraden aus Afghanistan wegholen wollte, fiel ihnen doch nicht in den Rücken! Ich hoffe, Frau Käßmann und andere Christen fassen Mut und bleiben bei ihrer Meinung: In Afghanistan ist nichts gut. Den Soldaten, die alle freiwillig dort waren, kann ich nur empfehlen: Verweigert den Dienst, wehrt Euch gegen das böse Argument, es bedürfe nur weiterer Waffen, dann klappt es schon. Durchhalteparolen und Hoffen auf die Wunderwaffen, wie gehabt!, und nehmt Bert Brecht in Euer Handgepäck. Brecht schrieb 1938:

Wenn es zum Marschieren kommt, wissen viele nicht

Dass ihr Feind an ihrer Spitze marschiert.

Die Stimme, die sie kommandiert

Ist die Stimme ihres Feindes.

Der da vom Feind spricht

Ist selber der Feind

Schließlich: Wer glaubt, nicht der Wehrpflicht zu unterliegen, sie wurde ja im Jahr 2011 nur ausgesetzt, nicht abgeschafft, der schaue mal in seinen Wehrpass. Denn als einsatzfähige Reservisten gelten bis zum 60.

Lebensjahr alle, die nicht den Kriegsdienst verweigert haben. Wer also als Ersatzreserve und tauglich gemustert wurde, und liegt es auch Jahrzehnte

zurück, kann noch geholt werden. Kriegsdienstverweigerung bleibt für fast alle Jahrgänge aktuell. Ich war 1959 gemustert und dachte zunächst; Ich bin mit Ersatzreserve zwei und meinem Leiden gut dran, also untauglich. Mir wurde aber klar, dass ich für die Reserve bedingt tauglich blieb. Daher entschloss ich mich, den Kriegsdienst zu verweigern. Was auch geschah. Und was noch immer richtig ist.